

Geschäftsstelle und Redaktion  
Dresden - A. 10, Holbeinstr. 46

Telefon 21 300  
Postfachkonto Leipzig Nr. 14 797

# Sächsische Volkszeitung

Abonnement: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Post, 4.50 M., Ausgabe B 4.20 M. Zu Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 4.95 M., Ausgabe B 4.65 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenagen nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitspaltzeile 60 J. im Restmonat 1.50 M. Familien-Anzeigen 60 J. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen haften wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Texte nicht übernehmend.

## Wohin steuert die gesellschaftliche Entwicklung?

Von unserem Wiener Mitarbeiter

Wir treten in ein neues Zeitalter. Diese Auffassung ist ziemlich allgemein und beruht auf der mehr gefühls- als verstandesmäßigen Erkenntnis, daß der Weltkrieg und seine Folgen den Entwicklungsprozeß im Staats- und Kulturleben wesentlich beschleunigt und in fünf Jahren Zustände und Uebergänge zum Ausreifen gebracht hat, wozu sonst vielleicht ebensoviele Jahrzehnte erforderlich gewesen wären.

Dies gilt, wie bemerkt, für die Äußere wie für die innere Gesellschaftsbildung. Was die außenpolitische Entwicklung betrifft, so befinden wir uns heute in einer Periode der Dezentralisierung. Ein Rückblick auf die Menschheitsgeschichte zeigt uns den wechselvollen Auf- und Niedergang zwischen großen, weltumspannenden Reichen und einer alleinstaatlichen Gruppierung. Das letzte Weltreich Napoleons I. hatte einer langen Spanne des europäischen Gleichgewichtes im 19. Jahrhundert Platz gemacht. Schon gegen Ende dieses Zeitraumes treten wir wieder in das Zeitalter einer zunehmenden Zentralisierung ein. Der Weltkrieg brachte zwei Koalitionen gegeneinander. Auf der einen Seite die germanische, auf der anderen die angelsächsische mit ihrem romanischen Anhang, unabhängig davon spricht man von einem ostasiatischen und einem russischen Kulturkreis. Noch bis ins Jahr 1918 hinein herrschte die Auffassung, die Menschheitsgeschichte würde in diesen fünf Kulturkreisen zentralisiert bleiben. Am Ausgang des Krieges und in der Epoche des Friedensschlusses, mit dem zunehmenden Zerfall der Entente, machte sich ein jäher Auf im Sinne der Dezentralisierung geltend. Sogar das Nationalitätsprinzip hat sich überspannt. Wir sehen nicht nur Koalitionen zerfallen, sondern auch Nationalstaaten. Es ist, als ob nach der durch den Krieg erzwungenen politischen Massenwirkung wieder die Persönlichkeit politisch nach Ausdruck ringt. In Deutschösterreich finden wir das Wiedererstarken der Länder, dem ein tieferer Sinn zugrunde liegt, als die aus gewissen Gründen gegebene Abneigung gegen „Wien“. Die „Verdorfung“, von der Staatskanzler Dr. Renner spricht und die er für die Verwaltungsanarchie verantwortlich macht, ist nicht vielleicht ein politischer Wesenszug, sondern die Keimform eines historischen Werdenes; sie himmelstürmische Wut zu wollen, verrät nur den völligen Mangel eines Verständnisses für historische Entwicklung.

Parallel zu dieser staatspolitischen Dezentralisierung läuft die verwaltungspolitische. Wie überall, so auch bei uns. Der Ruf nach Selbstverwaltung ertönt immer mächtiger. Bei der Verwirklichung dieser Forderung muß jedoch mit größter Vorsicht zu Werke gegangen werden. In der Selbstverwaltung liegt eine Betätigung des Individuums, eine persönlichere Gestaltung der Verwaltung durch die Verwalteten selbst, im Gegensatz zur bürokratischen, rein sachlichen, persönlich uninteressierten Verwaltung. Nur so leicht kann hier das Persönlichkeitsgefühl ausarten. Wir haben dies im System der Zentralen erlebt, die als eine Organisation der geschäftlich Interessierten gedacht waren. Eigenmut und Gewinnsucht der in den Zentralen Führenden verdrängten alsbald den Grundgedanken der Gemeinnützigkeit, dieses System der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entartete.

Ebenso hat ein anderes System der Selbstverwaltung abgehaust: die Arbeiterräte. Auch hier war der reine, nicht durch politische Leidenschaften getriebene Grundgedanke der, daß die einzelnen Gesellschaftsklassen ihre Angelegenheiten, soweit sie in den Wirkungsbereich gerichtlicher oder politischer oder wirtschaftspolitischer Verwaltungsorgane fielen, selbst mitverwalten sollten. Der Klassenimperialismus der Arbeiterräte hat aber die Auswirkung dieses Persönlichkeitsprinzips in sein Gegenteil, in Drangsalierung und Bedrückung verkehrt.

Es ist interessant, zu beobachten, wie aus diesem Empordringen des Persönlichkeitsprinzips sich in der Arbeiterbewegung ein Gegensatz zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterräten aufgetan hat. Die Gewerkschaften waren große Organisationen für die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen, für die Ausübung von Kollektivverträgen; der einfache Mann, die einzelne Persönlichkeit blieb unbeteiligt. Wehnlich im politischen Leben, wo im allgemeinen Wahlrecht, in den parlamentarischen Einrichtungen, in den Befugnissen der Parteinstanzen die Persönlichkeit ebenfalls so gut wie hinweggewischt war. Die Reaktion hiergegen bildet nun auf wirtschaftlichem, wie auf politischem Gebiete der Drang nach Selbstverwaltung und Selbstregierung. Man will sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Eine besondere Tragik hat es gewollt, daß die Völker Mittel-

europas durch die Kriegsniederlage in ihrem Scharfblick getrübt, das russische System der Arbeiterräte als Mittel dieser Verwirklichung erkannten. Es ist die erste Mission einer vernünftigen Politik sein, durch eine verständnisvolle Dezentralisierung von Verfassung und Verwaltung und insbesondere durch eine Verankerung des berufständlichen Prinzips in der Konstitution den vorhin erwähnten verhängnisvollen Fehler wieder gutzumachen.

Auch auf dem Gebiete der Wirtschaftskonstruktion gehen wir zweifelsohne einer Dezentralisierung entgegen. Es mag sein, daß die Sozialisierung großer Betriebszweige, bei denen die Persönlichkeit als Wirtschaftsfaktor bereits ausgeschaltet ist, gelingen wird. Sowie aber kann man als sicher annehmen, daß die Mehrzahl der sozialisierten Betriebe, namentlich derjenigen in den Großstädten, unrentabel arbeiten wird, als ihre kapitalistischen Vorgänger. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der durch die Sozialisierung von Großbetrieben nun unterstandlos gewordene Kreis von Unternehmern mit aller Macht auf neue Wirtschaftsgelände wirft und diese möglichst bald konkurrenzfähig machen wird. Wir treten in ein Zeitalter der Kleinindustrie ein. Je mehr sich die Lebensverhältnisse in den Großstädten, namentlich in Wien, verschlechtern, die Provinz sein wird, Kleinkapitalismus und Provinzialismus werden Mittelpunkt unserer Wirtschaftsentwicklung in der nächsten Zeit sein; die Entwicklung zum Großdimensionellen hat sich mit der Sozialisierung überspannt und gerade die Sozialisierung selbst ist es, die auch auf dem Wirtschaftsgelände dem Individualismus neue Bahnen schafft, denn es ist nicht zu übersehen, daß gerade der Ruf nach Sozialisierung ein Ausdruck des Willens der Persönlichkeit ist, die nicht mehr Objekt, sondern Subjekt im Wirtschaftsprozeß sein will.

Diese Entwicklung zur Dezentralisierung, zur Selbstverwaltung, zum Persönlichen in der Staatspolitik, in der Verwaltung, im Wirtschaftsleben ist eine unabänderliche; sich ihr aus Unverstand oder gar aus parteitaktischen Rücksichten entgegenzusetzen zu wollen, wäre in Österreich unverantwortlich.

## Die Politik der Bolschewisten-Regierung

Aus Stockholm wird uns folgendes geschrieben:

Die neuesten bolschewistischen Gerüchte um die Berichte von Gewährsmännern ergeben in gegenseitiger Ergänzung ein hochinteressantes Bild von der inneren und mit immer neuen Täuschungsmanövern arbeitenden Politik der Sowjet-Regierung, die zurzeit offenbar ihr diplomatisches Meisterstück liefern will. Wutts und Drohungen sollen die eigentliche Zwangslage verdecken, Zugeständnisse und Versprechungen die Angriffsfront der erwiderten Gegner lösen. In diesem Sinne ist unter anderem die Rede bedeutend, die Lenin soeben auf der allrussischen Konferenz zur Ordnung der Landarbeiterfrage gehalten hat. Mit erstaunlicher Offenheit räumte er bei dieser Gelegenheit ein, daß die kommunistische Auffklärung der Bauern die größte Schwierigkeit bereite, da die Bauern mehr zum Kapitalismus als zum Kommunismus neigen. Aber er gibt ihre Gewinnung nicht auf, vielmehr, fordere er mit Strenge, müsse die kommunistische Propaganda erneut einsetzen. Und drohend wandte er sich gegen die Bauern, die die Produkte nicht zu den von der Sowjetregierung normierten Preisen abgeben wollten. Die Zeit des freien Handels sei ein für allemal vorbei; nach dieser Richtung würden absolut keine Konzessionen gemacht werden. Dagegen räumte er ein anderes Zugeständnis ein: Die Sozialisten aus der Zeit des alten Regimes sollten, so erklärte Lenin, in den Dienst des Sowjetregimes eintreten, um die rationale Bewirtschaftung des Landes zu ermöglichen. Die Notwendigkeit, die Produktion zu steigern, erfordere dies.

Neben der wirtschaftlichen Friedensoffensive der Bolschewisten geht mindestens ebenso kühn und mit dem gleichen Ziele der Betörung die politische einher. Das Regierungsorgan, „Die Branda“, teilt mit, daß in Moskau eine Regierungsabteilung bestrebe, und Vertreter der Menschewiki in den Rat der Kommissare eintreten werden. Ferner erscheint in Moskau von nun ab wieder die sozialrevolutionäre Zeitung „Dielo Naroda“ (Die Sache des Volkes). Wie alle anderen, nicht bolschewistischen Blätter war auch dieses feinerzeit unterdrückt worden. Der taktische Zweck der nunmehrigen Zulassung des „Dielo Naroda“ scheint hauptsächlich darin zu bestehen, daß man auf diese Weise in Moskau Fäden selbst zu den Kosaken zu spinnen vermag. Verschiedene Artikel, wie „Dielo Naroda“ deutet darauf hin, um damit einen Stich in die getreueste Anhängerchaft Denikins zu bringen. Das übrigens nicht die gesamte Partei der Bolschewisten, die Kosaken ihrer Führer

mitmacher will, geht daraus hervor, daß die bolschewistische Presse den neuen Einmarsch vor fremder Farbe bornig angreift, indem sie den „Dielo Naroda“ sofort denunziert, daß er die Interessen der Bourgeoisie vertritt. Und man weiß nicht genau, ob dieses nun Mangel an Disziplin gegenüber den Sowjeddiktatoren oder etwa höchstes Raffinement der Taktik, um das „konzeSSIONierte“ Auftreten der Sozialrevolutionäre in Moskau möglichst echt erscheinen zu lassen?

## Prag als Zentrum der mitteleuropäischen Luftlinien

Prag, 16. Dezember 1919

Die Pläne der englischen Luftgesellschaften zur Ueberbrückung der Welt mit ihren Luftnetzen haben in Prag einen Widerhall gefunden. Nach der „Bohemia“ sind bereits endgültige Verträge und Entwürfe für die Linien festgesetzt, und in wenigen Monaten hofft man, einen ausgedehnten Verkehr mit Prag als Zentrum von Mitteleuropa zu beginnen. Die Airco-Gesellschaft in London, die definitive Konzessionen in Belgien, Italien und Polen erworben, auch in Deutschland Verträge abgeschlossen hat, ist mit der Tschecoslowakei und Oesterreich vorläufige Verträge eingegangen. Zunächst soll bei dem in den kommenden Monaten zu eröffnenden Verkehr nur Post befördert werden, wobei an Briefen und Paketen 750 Cbs. mitgeführt werden. Später soll auch der Passagierverkehr aufgenommen werden. Der Airco-Konzern gründet mit Tscheken eine Gesellschaft, die in Prag ihr Zentrum hat. Zwei Drittel der Aktien sollen in tschechischen, ein Drittel in englischen Händen sein. In der Nähe von Prag soll sofort eine große Fabrik entstehen, in welcher Airco-Maschinen gebaut werden. Das Material für die Konstruktion von Aeroplanen, ebenso Benzin, kommen aus England. Die Mehrzahl der Piloten werden Engländer sein. Die Postlinien sind bereits festgelegt. Für Briefe von Prag nach Wien z. B. 1,50 Kronen, für Zeitungen in direkter Verbindung nach den größeren Städten 0,50 Kronen. In nördlichen Linien sollen vier große errichtet werden: Hamburg—Berlin—Dresden—Prag; Paris—Bonn—Leipzig—Prag; Prag—Kraakau—Warschau; Prag—Brünn—Prestburg—Kaisch. Von Prag sollen auch die großen Luftlinien nach Wien, Budapest, Belgrad, Sofia, Konstantinopel führen, wo die große London—Paris—Vnon—Nizza—Genua—Rom—Sakonifilinie ebenfalls enden wird.

## Das Zentrum als Kulturpartei

Bei dem demokratischen Parteitag in Leipzig hielt der Unterstaatssekretär Troeltzsch, der selbst der demokratischen Partei angehört, einen Vortrag über die Kulturfragen und das Kulturprogramm der Demokraten. Troeltzsch machte den im Grunde ansichtslosen Versuch, ein solches „Kulturprogramm“ für die demokratische Partei zu konstruieren. Er sah sich deshalb auch den stärksten Widerständen gegenüber. Es ist eben unmöglich, die Demokraten, die schon politisch und wirtschaftlich ohne einseitige Richtlinien sind, und in den entscheidenden Fragen anheroderlich differieren, auch noch auf eine einseitige kulturpolitische Linie festlegen zu wollen. Ein derartiger Versuch muß an der Kulturlosigkeit der ganzen demokratischen Richtung scheitern. Immerhin war es bemerkenswert, wie Professor Troeltzsch eine Aufgabe löste. Er nahm dabei auch Gelegenheit, gerade auf das Zentrum als das Vorbild einer wirklichen Kulturpartei hinzuweisen. Die bezüglichen Worte eines Demokraten verdienen besonders festgehalten zu werden: Troeltzsch sagte unter anderem:

„Der konfessionelle Gegensatz wird bleiben und dem Zentrum wachsende Macht verleihen. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß das Zentrum eine wirkliche Kulturpartei ist und Raum hat, auch für eine hochentwickelte Geistigkeit. Das alte katholische Süddeutschland, mit seiner Barockkultur, seiner Liebenswürdigkeit, seiner menschlichen und künstlerischen Begabung gibt der Nation unendlich viel.“

## Die Beschäftigung Schwerbeschädigter

Der Nationalversammlung ist vom Reichsarbeitsminister ein Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter zugegangen. Danach ist jeder Arbeitgeber, der einen Arbeitsplatz zu besetzen hat, verpflichtet, einen Schwerbeschädigten, der für diesen Arbeitsplatz in gleichem Maße geeignet ist, anderen Bewerbern vorzuziehen. Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gelten auch alle Körperschaften des öffentlichen Rechts, und als Arbeitsplätze gelten auch die Beamtenstellen. Als „Schwerbeschädigte“

Seite 4  
aufnahm-  
groß, in  
ultalisch,  
gebildeten  
Aussteuer  
weck  
jurül-  
R So  
Blattes.  
den.  
den  
oh  
liche  
für  
und  
484  
selu.  
mgs-  
wahl  
rg & Co.,  
str. 5/7  
Wochen  
bestimmt:  
Dezember  
und 7 der  
und 7 der  
Wochen  
begibt De-  
und Kar-  
de Wochen  
12 Uhr zu  
starken und  
annabend  
begibt ein-  
Wochen  
aufstellen-  
e Wochen  
in 1 und  
ensmittel-  
durch sie  
arten nach  
beliefern.  
en, Frem-  
sattel-Be-  
Abschnitte  
Bahnhofs-  
meinungen  
tsbekannt-  
Dresden.  
wches  
a ist, han-  
enen Ber-  
sonber-  
rministe-  
hten Sped-  
sonderber-  
um Wir-  
und für  
Ar. 5 ver-  
ig erklärt.  
eben.

sind Verlenen anzusehen, die auf Grund der Versorgungsgeetze wegen einer Beschädigung eine Rente von 50 Prozent oder mehr vom Hundert der militärischen Vollrente beziehen. Das Gesetz spricht den Einstellungszwang der Kriegsbeschädigten aus. Die verschiedenen Formen des Einstellungszwanges werden miteinander verbunden so zwar, daß die Reichsregierung ermächtigt ist, anzuordnen, daß zahlenmäßig bestimmte Bruchteile der Arbeitsplätze im Reich bei der Regierung wie bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Schwerbeschädigten zu besetzen sind. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, anzuordnen, daß Privatarbeitgeber bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die vorzugsweise für die Schwerbeschädigten geeignet sind, frei zu halten haben. Jeder Privatarbeitgeber soll verpflichtet werden, einen zahlenmäßig bestimmten Bruchteil seiner Arbeitsplätze mit Schwerkriegsbeschädigten zu besetzen. Des weiteren wird für solche Arbeitsplätze eine Anzeigepflicht und eine Sperre vorgeschrieben. Danach besteht die allgemeine Pflicht der Arbeitgeber, alle Arbeitsplätze, die frei werden, dem öffentlichen Arbeitsnachweise anzuzeigen. Schwerbeschädigte dürfen nur mit einer Kündigungskfrist von vier Wochen entlassen werden, soweit durch Vertrag oder Gesetz nicht längere Fristen vorgeschrieben sind. Für Erleichterungen wird ein Prüfungsausschuß bestellt.

### Nationalversammlung

#### Auskehr

Von unserem parlamentarischen Vertreter  
Die Nationalversammlung hielt am Donnerstag Auskehr. Schon zu Beginn der Sitzung kam es zu einem scharfen Zusammenstoß. Daß etwas Besonderes im Werke sei, merkte man daran, daß alle Klänge minutenlang in Bewegung gesetzt wurden, um die trotz der frühen Morgenstunde — 10 Uhr — bereits zahlreich im Hause anwesenden Abgeordneten in den Sitzungssaal zu bringen. Selbst die schauerhaft mitschwingenden und einen fürchterlichen Spektakel verursachenden Supten, die sonst nur bei namentlichen Abstimmungen benützt werden, wurden in Bewegung gesetzt.

Zunächst standen zwei von der deutschnationalen und deutschen Volkspartei eingebrachten Interpellationen auf der Tagesordnung. Erzbergers Erklärung, daß die Regierung bereit sei, diese Interpellationen am folgenden Tage zu beantworten, rief eine große Ueberraschung hervor, da man allgemein damit gerechnet hatte, daß die Arbeiten heute abgeschlossen werden sollten, so daß die Abgeordneten abreisen konnten. Der Zentrumsvizepräsident Ermborn verwies auf die Bedenklichkeit einer derartigen Verhandlung angesichts des Umstandes, daß man das Betriebsratsgesetz verabschiedet habe, um nicht noch über den Donnerstag hinaus zusammenbleiben zu müssen. Der Mehrheitssozialist Löbe wandte sich in großer Erregung gegen die „Loyalität“, welche die Rechtspartei angesichts der Beschlüsse des Senatorenkonvents und des Plenums mit dem Einbringen dieser Interpellationen noch vor Tagesanbruch begangen habe. Auch der Demokrat Payer bezeichnet dieses Vorgehen als einen „Ueberrausch“. Es rief eine stürmische Erregung im Hause hervor, daß von den Interpellanten kaum 20 im Hause anwesend seien. Die Abgeordneten Schulz-Bromberg und Heinze begründeten ihren Standpunkt, wobei es zu starken Zusammenstößen mit den Sozialdemokraten kam. Der Abgeordnete Reich hat von einer weiteren Sitzung abzusehen mit Rücksicht auf den bereits anberaumten Parteitag der bayerischen Volkspartei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen die Stimmen des Zentrums angenommen. Die Sozialdemokraten hatten zuvor erklärt, daß sie die Besprechung der Interpellationen wünschen, um nicht die Anschuldigungen der Rechtspartei wieder wochenlang im Lande unwiderrprochen wirken zu lassen.

Die übrigen 13 Punkte der Tagesordnung stellten nur Aufräumungsarbeiten dar. Das Sozialisierungsgesetz und das Umsatzsteuergesetz wurde in 3. Lesung endgültig angenommen. In der Gesamtstimmung erhoben sich auch die Mitglieder der deutschen Volkspartei. Nur die Deutschnationalen blieben sitzen. Erledigt wurde unter anderem auch ein Gesetz gegen das Glücksspiel. Zahlreiche Petitionen kamen dann antragsmäßig zur Annahme.

So mitschwingend der Beginn der Sitzung war, so erhebend war ihr Schluß. Es handelte sich um eine einmalige Kundgebung der Nationalversammlung zugunsten unserer Gefangenen. Eine ausgezeichnet formulierte und vom Präsidenten verlesene Entschließung erhebt Protest gegen die Zurückhaltung unserer Gefangenen und fordert rasche Zurückgabe. Die Nationalversammlung nimmt mit tiefem Schmerz davon Kenntnis, daß fast 1/2 Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft harren. Der größte Teil wird in Frankreich zurückgehalten, aber auch England hat noch nicht alle herausgegeben. Deutschland hat alle seine Gefangenen zurückgeschickt, die zurückgebliebenen Russen nur nicht, weil es unmöglich war. Die Nationalversammlung stellt und selbst mit den unglücklichen Gefangenen sowie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt zu Weihnachten in besonders tiefer Sehnsucht ihrer fernem Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen mit hellem Dank für ihre bisherige Tätigkeit. Sie wendet sich an die Frauen und Männer in den bisherigen feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, daß sie heute ihre Stimme erheben zu dem Ruf: Schaffet den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter, den gebeugten Eltern ihre Söhne wieder! Die Entschließung hören die Abgeordneten lebend an und es war mit großem Erhebend, die Einheitsfeier dieser feierlichen Kundgebung auf sich wirken zu lassen. Bei allem Schmerz über die politische Zerrissenheit, die unser Land gegenwärtig leidet, wählte, war es eine freudige Bemerkung, zu erkennen, daß es doch noch nationale Forderungen gibt, auf welchen eine einheitliche Frontstellung möglich ist.

### Aufrechterhaltung der Bestimmungen?

Genf, 18. Dezember. Die Pariser Blätter, die unter dem ersten Eindruck der deutschen Note ruhig und sachlich das große Entgegenkommen Deutschlands feststellten, haben ihre Haltung gegenüber der deutschen Note rasch geändert. Schon die Dienstag-Früh-Ausgaben von „Temps“, „Echo“, „Gomme libre“ und „Journal“ schreiben, daß die deutsche Note kaum von den Alliierten angenommen werden könne.

„Gavas“ meldet: Die deutsche Antwort erscheint kaum ausreichend. Ob der Weg der Verhandlungen oder der Aufforderung zur Unterzeichnung gewählt werden wird, entscheidet sich erst in den nächsten Tagen. Eine endgültige Stellungnahme der Alliierten liegt noch nicht vor. In einem Pariser Telegramm vom Dienstag früh meldet der „Lyonner Progrès“, daß Clemenceau im Klarat der Alliierten sich im Namen Frankreichs für die Aufrechterhaltung der bisherigen Bedingungen der Alliierten gegenüber Deutschland, wie sie in der letzten Note festgelegt worden sind, ausgesprochen habe.

### Frankreichs Antwort

Rotterdam, 18. Dezember. „Times“ meldet aus Paris, daß die Alliierten den Wortlaut der Antwortnote an Deutschland festgelegt haben. Die Note enthält die Zusicherung der Rückkehr der Kriegsgefangenen und ein Verzeichnis derjenigen Personen, die sich nach Ansicht der Alliierten während des Krieges haben Verbrechen zuschulden kommen lassen und deren Auslieferung von den Alliierten gefordert wird.

Bern, 18. Dezember. Die Antwort auf die Note der deutschen Regierung dürfte nach den letzten Pariser Informationen in aller Kürze erfolgen. In dortigen gut unterrichteten Kreisen rechnet man mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages schon in den nächsten Tagen.

Amsterdam, 18. Dezember. „Morgenpost“ erzählt, das es gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles am 1. Januar in aller Form ratifiziert sei und der Völkerbund infolgedessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerbundes werde vermutlich am 7. oder 8. Januar in Paris zusammentreten. Er werde sich nächst der Santräge mit der Ernennung eines Oberkommissars für Danzig befassen und wahrscheinlich Sir Reginald Lowrie in dieser Würde bestätigen.

### Aus der Sachverständigen-Kommission.

Paris, 18. Dezember. Die Sachverständigen der alliierten Großmächte und Deutschlands, die sich mit der Frage der Lieferung von Hafenmaterial beschäftigen, haben heute keine Sitzung abgehalten. Wie die Pariser Morgenblätter melden, läßt die Lage der Verhandlungen eine Einigung erwarten. „Journal“ meint, die Entscheidung hänge jetzt von der Meinung der Engländer ab, da sie die Frage hauptsächlich interessiere, weil der größte Teil dieser neuen Boote ihnen zugesprochen werden muß. Deutschland hätte bewiesen, daß es im besten Falle imstande sei, 180000 Tonnen Hafenmaterial abzuliefern, und vorgeschlagen, noch 50000 Tonnen neuen Hafenmaterials zu bauen. „Matin“ erklärt, die deutsche Statistik sei von den interalliierten Sachverständigen angezweifelt worden, die Deutschen seien aber in der Lage gewesen, überzeugende Beweise dafür zu bringen, daß ihre Behauptung bezüglich des verfügbaren Hafenmaterials den Tatsachen entspreche. Unter diesen Umständen hätten sich die alliierten Sachverständigen genötigt gezeigt, den Vorschlag der deutschen Regierung, die Lieferung des Hafenmaterials um die Hälfte zu ermäßigen, anzunehmen.

Dies sei aber nur der Beginn einer Einigung. Es handle sich jetzt darum, die Reparationen zu bestimmen, die Deutschland nach darüber hinaus liefern müsse. „Petit Parisien“ sagt, die deutschen Sachverständigen hätten auch erklärt, Deutschland könne die Leichten Kreuzer nicht entbehren, da es sie zur Küstenbewachung nötig habe. Sie hätten dafür im Bau befindliche große Kriegsschiffe angeboten, obgleich dieser Vorschlag nicht angenommen werden. Der Gang der Verhandlungen zeigt jedoch, daß eine Einigung in der einen oder anderen Weise nicht unmöglich ist.

Basel, 18. Dezember. Nach dem Pariser Berichtstatter der „Nationalzeitung“ wird der Oberste Rat die 400000-Tonnen-Forderung herabsetzen und sich für den zu liefernden Schiffraum mit einer Geldentschädigung begnügen. Nur diejenigen Trocken docks und Schwimmkräne, die Deutschland seinerzeit für Präzentransporte usw. benötigte, sollen ausgeliefert werden.

### Keine Allianz gegen Deutschland?

Haag, 18. Dezember. Nach zuverlässigen Nachrichten sind die weitgehenden französischen Vorschläge zu einem militärischen Bündnis, das zwischen England, Frankreich, Belgien und vielleicht Italien gegen Deutschland geschlossen werden sollte, auf der Londoner Konferenz auf sehr erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Insofern ist die Reife Clemenceaus höchstwahrscheinlich kein Erfolg. Die liberale englische Presse, die in auffällender Weise einen Feldzug gegen die unmissliche Behandlung der Mittelmächte eröffnet, begründet die Erklärung Donar Laws, daß eine neue Abmachung mit Frankreich jedenfalls dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden würde.

Paris, 18. Dez. Nach einer Meldung des „Journal“ aus London hat sich Henderson gegen eine französisch-englische Allianz ausgesprochen. Frankreich habe einen ausreichenden Schutz unter anderen Formen dadurch empfangen, daß die Rheinlande während 15 Jahren besetzt und dann neutralisiert würden. Außerdem sei Deutschland entwaffnet, Frankreich dagegen behalte die allgemeine Wehrpflicht bei und nehme damit in Europa eine vorherrschende Stellung ein.

Rom, 18. Dezember. Scialoja ist aus Paris in Rom eingetroffen. Wie der Corriere della Sera meldet, wurden die

Londoner Beratungen über die Einigung eines interalliierten militärischen Ausschusses in einer Sitzung gepflogen, bei der der italienische Minister Scialoja nicht anwesend war. Die Sitzung war erst in letzter Stunde ausgesetzt worden, sobald es nicht möglich war, den Londoner italienischen Botschafter Imperiali, der an den Beratungen teilnahm, mit ausreichenden Vollmachten für eine Zustimmung Italiens zu versehen. Auch der Botschafter der Vereinigten Staaten besaß derartige Vollmachten nicht und hätte sie wohl auch bei der grundsätzlichen Aburteilung Wilsons gegen diesen Plan niemals erhalten.

In diesem Zusammenhange betont dann das Walländer Blatt, daß es sich tatsächlich um einen von Frankreich ausgehenden Vorschlag zu handeln scheint, der auf die Einigung eines ständigen interalliierten Generalstabes abzielt. Diese neue Befundung eines kriegerischen Geistes dürfte auch in den verbündeten Ländern mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen werden und unerwünschte innerpolitische Wirkungen erzeugen, ganz abgesehen davon, daß ein Generalstab ohne eigene militärische Kräfte überflüssig wäre. Wie sich diese Einrichtung übrigens mit dem Völkerbund verträglich, sei vollkommen unbegreiflich.

Soweit die Äußerungen des Corriere della Sera. Auch die Andeutungen der übrigen italienischen Blätter lassen unschwer erkennen, mit welcher Spannung weitere Einzelheiten über diese Angelegenheit in Italien erwartet werden. Die Tatsache, daß Scialoja eine bestimmte Stellungnahme bei den Londoner Beratungen zu vermeiden wünschte, ist offensichtlich auf innerpolitische Rücksichten zurückzuführen, die es der italienischen Regierung überaus bedenklich erscheinen lassen müssen, an dem geplanten militärischen Experiment teilzunehmen.

### Amerika und Deutschland

Rotterdam, 18. Dezember. Senator Knox brachte im Senat folgende Entschließung ein: Der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika empfiehlt und beschließt alle Bestimmungen des Vertrages von Versailles, soweit dieser Vertrag den Frieden zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zustande bringt.

Im Unterhause des Kongresses wurde folgende Entschließung eingebracht: Der Kongreß erklärt, daß der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geschlossen ist.

Senator Hitchcock wehrte sich gegen eine sofortige Abstimmung, so daß die Erledigung der Entschließung vorläufig verschoben ist.

Berlin, 18. Dezember. Der „B. L. A.“ berichtet aus Zürich: Nach einer Meldung aus Paris wurden feinerzeit laut Waffenstillstandsbedingungen zehn deutsche Passagierdampfer an die Vereinigten Staaten geliefert, um die amerikanischen Truppen in ihre Heimat zu befördern. Bis jetzt haben die Vereinigten Staaten sieben von diesen Schiffen nicht wieder abgeliefert. Die Angelegenheit ist vor den Behörden der Vereinigten Staaten anhängig gemacht worden. Sie wurden um baldige Ablieferung dieser Schiffe gebeten.

### Die Not in Oesterreich

Wien, 18. Dezember. Die Note des Obersten Rates der Alliierten über die territoriale Unantastbarkeit Deutschösterreichs wird von der Mehrzahl der Wiener Blätter einseitig besprochen. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Der Staat, den seine geographische Lage zum wichtigsten Baustein im Staatensystem Europas denimme, hätte nicht als so hilfloser Torso in die Welt gesetzt werden dürfen. Um so schärfer sei die Verpflichtung der Großmächte, diesem Staatswesen volle Möglichkeit wirtschaftlichen Gedeihens zu sichern. — Die „Neue Freie Presse“ bemerkt: Die Note besteht, daß wir sehen sollen, um das Gleichgewicht in Mitteleuropa zu bewahren. Sie bietet jedoch nicht, was zum Leben gehört. — Die „Volkszeitung“ liest aus der Note die Hoffnung, daß man in Voris, wenn auch in recht langsamem Tempo, zur tatbereiten Erkenntnis gelangen werde. — Die „Arbeiterzeitung“ führt aus: So wertvoll die Erklärungen der Entente über die territoriale Unversehrtheit Deutschösterreichs auch sind, entscheidend ist im Augenblicke unser wirtschaftliches Lebensproblem. Dieses aber hat die Entente nicht gelöst, nicht einmal geklärt.

Wien, 18. Dezember. Nach hiesigen Mitteilungen aus Berlin ist es den Bemühungen des österreichischen Botschafters in Berlin Dr. Ludov. Hartmann gelungen, zu erwirken, daß das Opfer der Bevölkerung Deutschlands für Oesterreich durch den Verzicht auf wöchentlich 50 Gramm Mehl pro Kopf, nicht auf vier Wochen beschränkt bleibt, sondern darüber hinaus fortgesetzt wird. Das Opfer der Bevölkerung Deutschlands beträgt 200000 Tonnen Mehl pro Woche.

Rotterdam, 18. Dezember. „United Press“ veröffentlicht eine Unterredung ihres römischen Korrespondenten mit Kardinal Bissi, dem Erzbischof von Wien. Der Erzbischof schilderte den furchtbaren Zustand in Wien und sagte am Schluß: Die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland ist unbedingt nötig, falls Oesterreich sein Leben als unabhängiger Staat behalten soll. In dem abgelaufenen Jahre ist die Geburtenzahl in Wien 4000 gegen 40000 Sterbefälle gewesen. Das ganze Land ist ohne Nahrung, und das Viege, was zu erlangen ist, wird für fabelhafte Preise verkauft. Der Kardinal schlug vor, daß Abgelandte nach Amerika gehen, um Hilfe zu erlangen. Die einzige Hoffnung steht der Kardinal in Amerika.

### Proteststreik der Berliner Gastwirte

Berlin, 18. Dezb. Die sämtlichen Hotel-, Gast- und Schenkwirte Berlins haben in einer Protestversammlung beschloßen, Donnerstag und Freitag die Küchen ihrer Geschäfte zu schließen. Die gleichzeitig an anderer Stelle versammelten Angestellten haben sich diesem Beschluß angeschlossen. Der Beschluß der Gast-

wirte hat zu einem riesigen Ansturm auf die Lebensmittel- und Delikatessengeschäfte geführt. Es haben sich nicht nur die Hotelbesitzer und Inhaber der Restaurants und Speisewirtschaften, sondern auch die Kaffeehausbesitzer und Konditoreibesitzer und ein großer Teil der Privatpensionen und Mittagstische angeschlossen. Die ausländischen Hotelgäste haben ein Komitee gebildet, das sich telegraphisch an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung gewandt und um sofortige Abstellung der herrschenden Missetaten gebeten hat. Auch die ausländischen Militärmissionen, die im Hotel Abdon, Kaiserhof und Erzgebirg wohnen, werden nicht bewirtet.

**Berlin, 18. Dezember.** Wie die „B. Z. a. M.“ mitteilt, ist der Beschluß der Berliner Gastwirte, den Küchenbetrieb auf 2 Tage zu schließen, von dem großen Unternehmen streng durchgeführt worden. Nur wenige kleine Wirtschaften im Osten, Süden und Norden versuchen offen zu halten. Die Bahnhofswirtschaften sind zwar geöffnet, geben aber an Reisende nur Kaffee ab. Für die heutige Sitzung der Nationalversammlung sind von der Volksküche ungefähr 300 Bedenke bereitgestellt worden. Von den Fremden in den Hotels sollen mehrere zum Mittagessen bis nach Pögdam und weiter gefahren sein.

**Der Kohlenmangel im Industriegebiet**  
**Essen, 18. Dezember.** Der Kohlenmangel führte auch im Ruhrkohlenbezirk zu einer beträchtlichen Einschränkung der Elektrizitätsversorgung. Durch die Betriebs einstellen des Kraftwerkes Hartingen, das vom Elektrizitätswerk Westfalen in Bochum gemeinsam mit der Stadt Damm betrieben wird, ist die Kraftversorgung für eine große Anzahl von Industriewerken unterbrochen. Wie mitgeteilt wird, hat sich das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat außerstande erklärt, die Elektrizitätswerke in der bisherigen Weise zu beliefern, mit Rücksicht auf die hohen Ansprüche, die an das Syndikat bezüglich der Kohlenlieferung an die Endente gestellt werden. Das Kraftwerk des Elektrizitätswerkes Westfalen hat in der letzten Zeit täglich nur 20 bis 40 Tonnen Kohle erhalten, bei einem täglichen Bedarf von 400 Tonnen. Mit Rücksicht auf den wachsenden Steinkohlenmangel hat das Elektrizitätswerk Westfalen schon seit längerer Zeit einen Anschluß an das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk angestrebt, das über große Kraftquellen im rheinischen Braunkohlentrevier verfügt. Für eine solche Vereinigung war aber aus politischen Gründen die Genehmigung der Regierung nicht zu erhalten.

**Kleine politische Nachrichten**  
**Berlin, 18. Dezember.** Nach einer Verordnung, die unter Zustimmung des Reichsrates und des 6. Ausschusses der Nationalversammlung erlassen wird, sind mit sofortiger Wirkung neue Abklopfungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln eingeführt worden.

**Berlin, 18. Dezember.** In Deutschland sind jetzt ungefähr 8000 Russen der früheren Awalowschen Truppen. Ein Teil ist in Danzig und anderen Ostseehäfen untergebracht, um zu Schiff in die Heimat gebracht zu werden. Ein anderer Teil liegt, entwaffnet, in Rauen und Altengrabow.

**Darmstadt, 18. Dezember.** Die technischen und kaufmännischen Angestellten sind heute früh in den Ausstand getreten, weil ihre Forderung, daß der neue Tarif rückwirkende Kraft vom 1. Oktober haben solle, nicht erfüllt wurde.

### Aus der Volkskammer

Dresden, 18. Dezember.

Die Sächsische Volkskammer erledigte in ihrer heutigen 75. öffentlichen Sitzung zunächst die Vorlage Nr. 36 betr. eine Denkschrift über den Ankauf von Aktien und Kuxen westfälischer Steinkohlenwerke in allgemeiner Vorberatung.

Finanzminister Rißchke begründete die Vorlage und hob hervor, daß der Staat im Jahre 1916 durch die Erwerbung der Hirschfelder Werke in die selbständige Kohlenwirtschaft eingetreten sei. Durch weitere Erwerbungen habe er sich einen ausschlaggebenden Einfluß auf das sächsische Kohlenyndikat gesichert. Um diesen Einfluß noch zu verstärken sollten Aktien und Kuxe der westfälischen Steinkohlenwerke angekauft werden. Es handele sich um verschiedene Werke, die einen guten Ertrag liefern und um ein geschlossenes Kohlenlager. Der Verkauf solle bis zum 31. Dezember d. J. abgeschlossen sein, weil sonst die Abmachungen ungültig sein würden. Der Staat werde dann wahrscheinlich niemals wieder in die Lage kommen, diese Werke zu erwerben weil sie sonst jedenfalls in das feindliche Ausland wandern würden.

Abg. G ü n t h e r (Dem.) spricht sich gleichfalls für eine schnelle Erledigung der Angelegenheit aus. Er beantragt, die Vorlage dem Finanzausschuß B zu überwiesen.

Abg. S c h ä f e r (U. S. P.) spricht sich gegen den Antrag der Regierung aus und bedauert, daß der Sozialisierung keine Rechnung getragen werde. Auch in kaufmännischer Hinsicht sei die Vorlage zu tadeln. Der wirkliche Wert der Gruben betrage 27 Millionen Mark und über 60 Millionen Mark sollten bezahlt werden. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab.

Finanzminister R i s s c h k e widerlegt die Ausführungen des Vorredners. Wenn die Aktien vom feindlichen Ausland erworben würden, dann habe die Regierung keinen Einfluß mehr auf die Preisgestaltung. Er glaube, daß der Erwerb dem Staate zum finanziellen Vorteil gereichen werde. Bei dem Kaufe komme auch der Kurswert der Aktien in Betracht.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. R i e t h a m m e r (Deutsche Volksp.), R a u s e (U. S. P.) und C a r t

(Deutschnat.) wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und die Vorlage einstimmig dem Finanzausschuß B überwiesen.

Hierauf trat die Kammer in die allgemeine Schlussberatung über den zwischen dem sächsischen Staate und dem Verein für das National-Hygiene-Museum abgeschlossenen Vertrag betr. den Verkauf des vormals königl. Marsallgrundstückes ein.

Staatsminister U h l i g weist mit kurzen Worten auf die große Bedeutung der Vorlage und auf die kulturelle Notwendigkeit der Schaffung eines National-Hygiene-Museums hin. Er ersuchte die Kammer, der Vorlage zuzustimmen.

Nach einer kurzen Aussprache an der sich die Abg. G a r t m a n n (Deutschnat.) und W i l h e r (Deutsche Volksp.) beteiligten, wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Im Anschluß hieran wurden noch eine Anzahl Kapitel des Zwischenplanes, betr. Steuern und Abgaben, Abgaben des Staatsvermögens und der Staatsanwaltschaft sowie Klage erledigt. Weiter stimmte die Kammer noch dem Beschlusse über die Verlegung des Rechnungsjahres des Staatshaushaltes und über die Feststellung des Staatshaushaltes auf das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1920 zu.

Den Schluß bildete die allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. R e i n h o l d und G e n. auf Wegfall der Arbeitsruhe am Johneujahrstage 1920  
 Nächste Sitzung: Freitag, 10 Uhr.

### Nachrichten aus Sachsen.

**Anruf zum Eintritt in die Hilfspolizei**  
 für den Sicherheitsdienst im Freistaat Sachsen. Das Vaterland bedarf zum Wiederaufbau dringend der inneren Ruhe. Diese innere Ruhe, die Sicherheit des Staates und den Schutz des Lebens und der ehrlichen Arbeit der Bevölkerung soll in Sachsen nach dem Willen der Volksgenossen eine neue Organisation: die Hilfspolizei für den Sicherheitsdienst neben der bestehenden Polizei gewährleistet sein. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wird sie derzeit bewaffnet und durch Unterbringung in Kasernen in steter Bereitschaft gehalten. Männer, die dem Soldatensstande angehören oder angehört haben, ernstlich gewillt sind, an der Erhaltung der Ruhe und Sicherheit in unserem Vaterlande mitzuarbeiten, auf dem Boden der Verfassung stehen, unbescholten sind, und den körperlichen Erfordernissen des Dienstes genügen, werden aufgefordert, sich zum Eintritt bei der Hilfspolizei zu melden. Die Aufstellung der Hilfspolizei erfolgt zunächst auf den Übungsplätzen Königsbrunn und Zeitzahn. Standorte werden Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Jittau und Kiesa. Meldestellen befinden sich in Dresden, Jäger-(Eib)-Kaserne, Leipzig, Kaserne des ehemaligen Infanterie-Regiments 104. Meldungen sind zunächst nur schriftlich an die genannten Meldestellen zu richten, da Kosten, die durch die Reise zur Meldestelle entstehen, nicht erstattet werden können.

Dresden, 18. Dezember 1919.

Der Minister des Innern  
 gez. Uhlig.

### Neuregelung der Lehrerbefoldung in Sachsen

Die Neuregelung der Lehrerbefoldung in Sachsen ist für den 1. April 1920 in Aussicht genommen. Bis dahin ist die Staatsregierung dem Reiche gegenüber verpflichtet, an den geltenden Befoldungsordnungen keine Änderung vorzunehmen. In eine schwierige Lage geraten diejenigen Schulgemeinden, die inzwischen die Befoldungen ihrer Lehrer geregelt haben, indem sie glaubten, daß die Schullasten demnach auf den Staat übergehen würden und daß dieser die neuen Staffeln wie die sich daraus ergebenden Pensionslasten übernehmen werde. Wie das Kultusministerium mitteilt, werden die betreffenden Schulgemeinden die Gehaltsbeträge, die sie über ein gewisses, jetzt noch nicht bestimmtes Maß hinaus gewähren, sowie einen Teil der Pensionen aus eigenen Mitteln bestreiten müssen. Daher rät das Ministerium den Gemeinderäten, bei neuen Staffeln nicht über einen Höchstfuß von 1200 M. hinauszugehen. Bei der Neuregelung will die Staatsregierung die Gewährung eines festen Gehalts aufgeben, das den Säuglingen einer bestimmten Klasse der staatlichen Befoldungsordnung entspricht. Dazu wird der Staat weitgehende Beihilfen an die Schulgemeinden gewähren.

### Das Schulprogramm für die Wenden!

— Rauten 18. Dezember. Den Vertretern der wendischen Sprache wurde in Plauen das neue Programm für den Unterricht in der wendischen Sprache in der Volksschule überreicht. Darin soll man von der wendischen Sprache in allen Klassen der Volksschule in regelmäßigen Stunden mehr als 1/2 des Unterrichts lehren. Die wendischen Kinder sollen nicht nur wendisch lesen, sondern auch schreiben und die Grammatik in wendischer Sprache erlernen. Die nötigen wendischen Schulbücher sollen schnell ausgearbeitet werden.

— Zur geplanten Kommunalisierung der Kinos hat der Vorsitzende des Reichverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer Ludwig Scheer soeben eine Denkschrift erscheinen lassen, in der er darauf hinweist, daß die deutschen Lichtspieltheaterbesitzer, denen man durch die Kommunalisierung die Existenz nehmen wolle, an den zweifellos vorkommenden Film-Gehaltsleistungen des letzten Jahres wenig Schuld tragen. Von ihnen wurden die sogenannten Aufklärungsfilme mit allen Mitteln bekämpft. Sie seien angewiesen auf das, was die Fabrikanten hervorbringen und mählten sich bei Beginn der Saison verpflichtet, alles, was fabriziert worden zu hohen Preisen abzunehmen. Nun sie das nicht, sie laufen Gefahr, aberhaupt nun widerwertige Filme zu bekommen. Die geplante Kommunalisierung der Theater würde das vorhandene Uebel nicht beseitigen, sondern man müsse einen Schritt weitergehen und die Industrie sozialisieren. Dies würde aber ein noch viel

größeres Uebel hervorrufen, den politischen Film und den Parteilichkeit. Deshalb bleibe nur übrig, die Reichsfilzenfabrik in freierhandlicher Weise gehandhabt, Kungelionierung der Fabriken und Lichtspielhäuser. Weibes seien Reguliermittel, die die bestehenden Auswüchse rücklos beseitigen könnten. Die Lichtspieltheater hätten schon Ende November 1918 die Wiedereinführung der Zensur gefordert. Im übrigen aber wünschen die Theater freies Spiel der wirtschaftlichen und der künstlerischen Kräfte, dann werde das Kino seine Aufgabe als Kulturfaktor neben den Theater richtig erfüllen.

Leipzig, 18. Dezember. Dem Leipziger Reichamt geht soeben eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministeriums zu, wonach es zur Ausnahme in den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 den Betrag von 2 Millionen Mark als Beitrag des Reiches für die Kustermesse in Leipzig anmelden werde.

— Plauen, 18. Dezember. Infolge der mangelhaften Kohlenvorräte und des geringen Einganges von Kohlenendungen, muß mit einer Betriebs einstellen des sächsischen Elektrizitätswerkes gerechnet werden.

### Aus Dresden

— In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung unter dem Vorsitz des Herrn Finanzministers a. D. Rißchke gab zunächst Oberbürgermeister Bläher eine Erklärung über einen in der hiesigen „Unabhängigen Volkszeitung“ erschienenen Artikel über eine angebliche Korruption des Beamtenkörpers ab. In dem Artikel war u. a. behauptet worden, daß in einer Volksküche die Aufsichtsdamen die Waren mit nach Hause genommen hätten, daß dort aller 14 Tage Schlachtfeste veranstaltet worden seien, an denen Beamte der Staatsanwaltschaft, der Polizei, der Stadt sowie die Aufsichtsdamen teilgenommen haben sollen. Die Volksküche sei sehr oft kontrolliert worden und die Vorwürfe, soweit sie den Rat betreffen, seien vollständig unbegründet, weshalb sie zurückgewiesen werden müßten. Ueber einige Angelegenheiten seien noch Erörterungen bei der Staatsanwaltschaft im Gange. Jedenfalls könne von einer Korruption des Beamtenkörpers keine Rede sein. Das Blatt habe eine unerhörte Verächtlichmachung herausgeschleudert. Der Rat werde deshalb Strafantrag gegen die „Unabhängige Volkszeitung“ und gegen deren Gewehrsmann stellen. Das Kollegium nahm von der Erklärung Kenntnis. Dann bewilligte die Verammlung die Gewährung einer einmaligen Anschaffungsbeihilfe an Erwerbslose. Die Erwerbslosen erhalten hiernach 80 Mark für Verheiratete, 40 Mark für Unverheiratete und 5 Mark für jedes Kind. Außerdem wurde das Kriegsfürsorgeamt ermächtigt, etwaige Gärten durch Sonderbewilligungen auszugleichen. Zur Deckung der Kosten wurden neben den noch unbrauchbaren 300000 M. aus der letzten Bewilligung für Notstandsunterstützungen ein weiteres Berechnungsgeld bis zu 400000 M. bewilligt. Weiter bewilligte das Kollegium noch ein Berechnungsgeld von 1 Million M. zur Herstellung von Dauer- und Notbehelfs-Kleinwohnungen. Ferner wurde noch beschloffen, daß die Stadt Dresden der zu begründenden Sächsischen Kraftverkehrs-Gesellschaft mit einer Einlage von 100 000 M. und einem Darlehen in gleicher Höhe beiträgt. Außerdem beschäftigte sich die Verammlung noch mit einer Verunglimpfung von Armenpflegern.

Das Kollegium nahm von der Stellungnahme des Rates Kenntnis, ersuchte ihn jedoch, die Armenpfleger mit allen gesetzlichen Mitteln gegen Verunglimpfungen zu schützen. Zur Frage der Behebung der Kleingeldnot teilte Bürgermeister Dr. Kretschmar mit, das für 1 Million neue sächsische Geldscheine zu 50 Pfg. ausgegeben werden sollen. Von dem Volkszählungsergebnis in der Stadt Dresden, nachdem 529 041 Personen und zwar 239 972 männliche und 289 069 weibliche, gezählt worden sind, nahm das Kollegium Kenntnis und erledigte zum Schluß noch einen Antrag betr. die Feuergefährlichkeit des Benzols.

— Wirtschaftsminister Schwarz empfing am Mittwoch in den Räumen der Volkskammer die Vertretung der Vereinigung der Dresdner Hotel-, Gast- und Saalwirte-Vereine und der Dresdner Kaffeehausbesitzer sowie der Angestellten, um deren Wünsche bezüglich der Abmilderung der Schleichhandels- und Buchergesetze, entgegenzunehmen. Wirtschaftsminister Schwarz hob hervor, daß die sächsische Staatsregierung eine Zurücknahme des Gesetzes gegen den Bucher und den Schleichhandel in Berlin nicht beistimmen könne. Die Regierung wolle jedoch dahin wirken, daß der reelle Gastwirt nicht anders behandelt werde, als andere Gewerbetreibende. Die Wünsche der Gastwirte würden seitens der Regierung voll gewürdigt. Auch sei ein Ausnahmengesetz gegen die Gastwirte nicht vorhanden. Die Wirte könnten die Auswüchse der jetzigen Zeit, insbesondere die Schlemmereien, auch selbst wirksam bekämpfen.

— Die sächsische Regierung veranstaltet nächsten Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 1/2 12 Uhr in der Landesoper ein großes Konzert zu Gunsten der notleidenden Deutschösterreicher. Dankenswerter tat sich die Künstlergast der Landesoper in den Dienst der guten Sache gestellt. Auch Professor von Sauer hat seine Mitwirkung zugesagt. Das Konzert soll jetzt in der Weihnachtsgzeit ein paar Stunden würdigen Kunstgenusses dem Bedenken der Notlage unserer österreichischen Stammesbrüder widmen. Zur Vinderung ihrer Not wird sein Erlös ihnen durch die sächsische Regierung zugeleitet werden. Die Tageskasse und die Hauptkasse der Landesoper sind angewiesen, auch selbst Geldspenden in Empfang zu nehmen.

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten

— Dresden-Strehlen. Kathol. Verein. Sonntag den 21. Dezember abends 7 Uhr veranstaltet der Verein im Vereinslokal der Goldenen Krone, Dohnaer Straße 9, 1. Stock, sein erstes Stiftungsfest. Zum Vortrage gelangen: Engelshäuten und Das Weib einer Mutter von Deschmeier (Kirchengericht Cecilia Dresden-Strehlen), sowie Bieder zur Dame (Herr Lehrer Straube). Um zahlreichem Besuch bittet der Vorstand. (Siehe Inserat.)

**§ Baugen.** Sonntag den 14. Dezember veranstaltete der Baugner Domchor unter Leitung des Herrn Kirchenmusikdirektors August Engler seine diesjährige Ceciliafeier. Zum Einzuge spielte Herr Seminaroberlehrer Karl Engler mit bekannter Meisterschaft das Concerto IV für Orgel von J. S. Bach. Die gelungenen Darbietungen brachten in interessantem Wechsel wertvolle Proben altklassischer und moderner kirchlicher Tonkunst. Dem mit ausdrucksvoller Steigerung vorgetragenem Kyrie und Agnus aus der Messe „L' hora passava“ von S. Madama, an denen die ganze Strenge der alten italienischen Kunst zu wirkungsvoller Darstellung kam, folgte J. Rheinberger's Benedictus für vierstimmigen gemischten Chor, ein alle Mittel moderner Harmonik und Melodik zu hoher Stimmungswirkung verwendendes Concert, das in seiner Wiederholung eine tiefe Wirkung erzeugte. Zwei stimmungsvolle deutsche Gesänge bot der Domchor mit dem Herz-Jesu-Liede von S. Ritterer und dem weihnachtlichen Weihnachtsliede mit Orgel und Violine „An der Krippe“ von Fr. Ragler. Am Schlusse kamen nochmals zwei alte Meister zu Worte: S. Vittoria mit einer feierlichen Motette für das Kirchweihfest und G. P. da Palestrina mit den in schwungvoller, klaren Linien sich bewegenden Stimmen aus der „Missa brevis“. Es war eine reiche Auswahl ebeltlicher kirchlicher Musik, die, in vorzüglicher Ausführung geboten, in den andächtig lauschenden einen tiefen Eindruck hinterließ. In einer gedankenschweren, sich zu mächtigem Klangwirbel steigenden Orgel-improvisation ließ Herr Seminaroberlehrer Karl Engler die schöne kirchenmusikalische Feierstunde ausklingen.

**§ Planen.** Vergangenen Montag hatte der kath. Verein „Unitas“ seit langer Pause zum ersten Familienabend eingeladen. Eine stattliche Anzahl von Mitgliedern mit ihren Angehörigen hatte sich im kleinen Saale der „Zentralhalle“ eingefunden. Der vorzügliche Vortrag des Herrn Pfarrer Wange über „Luxus“ bei den alten Vätern und in der heutigen Zeit, fand bei allen Zuhörern ein wohlgenährtes Ohr. Nicht zu vergessen sind die gelungenen und humoristischen Aufführungen des Herrn „Theatermeisters“, Friese mit seinem neugegründeten „Theaterklub“. Waren schon die ersten Aufführungen recht ergötzlich und sehr angenehm, wobei mehr werden die weiteren Abende genussreiche Stunden versprechen. Am Montag, den 29. Dezember, wird die „Unitas“ ihre Weihnachtsfeier im großen Saale der „Zentralhalle“ abhalten, wozu heute schon die Gemeindeglieder recht herzlich eingeladen werden.

**§ Zittau.** In einem „Mozartabend“ im Jugendheim hatten für Sonntag, den 14. B. A., die Vorstände der kathol. Jugendvereine eingeladen. Mit der Ouvertüre „Figaro“ wurde der Abend eingeleitet, zu dem sich außer den Vereinsmitgliedern auch eine Anzahl Gäste eingefunden hatten. Nach einem interessanten Vortrag über Mozarts Leben und Werke, gelangten Stücke aus seinen Kompositionen zu Gehör. Fr. stud. mod. Kunz Sommer zeigte ihre Meisterschaft auf der Violine und sang mit Geschick das liebliche „Weilchen“-Lied, begleitet von Fr. Franz Sommer, die u. a. besonders schön ein Duett (mit Cellobegleitung) zu Gehör brachte. Zwei Mitglieder des Junglingsvereins mit Herrn Lehrer Ernst boten zum Schluss das Menuett aus der G-Dur-Symphonie. — Der reiche Beifall der Anwesenden legt wohl am besten Zeugnis ab für die gute Aufnahme der Darbietungen. Auch hier sei den Veranstalter des Abends wie allen Mitwirkenden der herzlichste Dank ausgesprochen! Der Wunsch vieler dürfte es wohl sein, daß dieser eine Kunstabend innerhalb des kathol. Vereinslebens nicht der letzte sein möchte!

**§ Gemüth I.** Die Missionserneuerung, wohl die erste, welche überhaupt in Sachsen gehalten worden ist, hatte bei uns trotz des ungünstigen Wetters und der vielen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Zeit einen guten Erfolg. Die Missionare Superior Vanger, Vater Ashauer und Vater Willmann hatten bei allen ihren Predigten (täglich 4. Sonntags sogar 6) zahlreiche andächtige Zuhörer. Über 1800 Missionsteilnehmer wurden abgelegt. Am Sonntag allein wurden mehr als 900 Kommunikationen ausgeführt. Als besonderes Ziel hatten sich die Missionare die Weihe der einzelnen Familien der Pfarre an das heiligste Herz-Jesu gestellt und haben dasselbe auch voll erreicht. Bei der herrlichen Schlussfeier war das Gotteshaus bis auf das letzte Plätzchen dicht gefüllt. Auf dem Kopf standen die Scharen vom Altar bis in die äußersten Winkel der Kirche und der Emporen. Für eine Marianische Jung-

lings-Kongregation wurde der Grund gelegt. Sie soll nach dem Wunsch der Missionare von den Seelsorgern neben dem Männer-Epistolat, dem Frauenverein und der Jungfrauen-Kongregation die vierte Säule des religiösen Lebens in der Gemeinde sein.

**§ Leipzig.** Kürzlich war für die katholische Schule zu Leipzig-Neudau (Pfarre St. Laurentius) eine Neuwahl des Elternrates vorgenommen worden. Dieser versammelte sich erstmalig am 14. Dezember im Saale des Winiantiaustiftes. Herr Eisenbahn-Betriebs-Ingenieur Karl Degehhardt, Schriftführer des Hauptelternrates zu Leipzig, sprach über das Thema „Die Aufgaben der kathol. Elternräte unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen“. Redner gab den Anwesenden ein Bild über den heutigen Stand der Schulfrage und über die Anforderungen, die gemacht würden, um die katholischen bzw. konfessionellen Schulen zu nehmen. In der nachfolgenden regen Aussprache, an der sich auch Herr Pfarrer Riedel beteiligte, kam einmütig der feste Wille zum Ausdruck, ganz energisch für die Erhaltung der katholischen Schule einzutreten. Zum Vorsitzenden des Elternrates wurde einstimmig Herr Redakteur Heintz Schneider, zum Schriftführer, und Kassierer Herr Otto Hollenstein und als Beisitzer Herr August Gottwald gewählt. Der Vorsitzende bat gleichfalls eindringlich, im Sinne der Kirche und der hochw. Herren Bischöfe jederzeit in Wort und Schrift für die Erhaltung der kathol. Schulen einzutreten, und sich bewußt zu sein, daß es unabdingbare Pflicht aller kathol. Eltern sei, in einer so wichtigen Sache Schulter an Schulter zu stehen zur Verteidigung der kath. Schulen. — Demnächst findet hier eine große öffentliche Schulversammlung statt, für deren zahlreichen Besuch auch die Mitglieder des kath. Elternrates an St. Laurentius lebhaft werden werden.

**Kirchliches**

**Aus dem geheimen Konfistorium**

Bern, 17. Dezember. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Rom, hat der Papst im Konfistorium die Kardinal an seine Bemühungen um den Frieden im Jahre 1916 erinnert. Der Papst unterwarf allen Missionaren, nationalistische Propaganda unter den Eingeborenen irgendetwas zu begünstigen oder zu betreiben. (WZB.)

Die Rede des Papstes im Geheimen Konfistorium soll, wie verschiedenen Blättern gemeldet wird, großen Eindruck auf die Kardinal gemacht haben. Wenn die politische Lage sich gebessert hat, wird der Wortlaut der Rede veröffentlicht werden. Ihr Hauptteil hat in Klagen bestanden, daß die Katholiken in den verschiedenen Ländern dem wilden Nationalismus und dem Völkerverhaß gequält hätten. Ferner bedauerte der Papst die verschiedenen Gewaltsverbrechen, die einen christlichen Dauerfrieden verhinderten. Er sprach den Wunsch aus, daß der Völkerverhaß Sieger und Besiegte wieder brüderlich vereinigen möge. (WZB.)

k Wie die „Schles. Volkszeitg.“ berichtet, überbrachte nach dem Geheimen Konfistorium vormittags um 10 Uhr 40 Min. der Jeronimonier Mgr. Tani dem Fürstbischof Kardinal Vertram das Ernennungsbillet, wobei er eine Ansprache hielt, die der neue Kardinal in italienischer Sprache beantwortete. Darin dankte Kardinal Vertram dem Heiligen Vater für die Erhebung zur Kardinalwürde. Hierauf stellte Prälat Brenner, der Rektor der Anima, die Bischöfe wünschenden vor, die dem feierlichen Akte beizuwohnen hätten: Erzbischof Esser, die Prälaten Dr. Graf Ortenburg-Tambach, Dr. Japletal, Dr. Wuertzh, Dr. Müller, den Jesuitenpater Hoffmann, Rektor des Germanikums, und den Dominikanerpater Janssen. Hieran schlossen sich viele Geistliche, Ordensleute und hervor-

ragende Laien, darunter Gräfin Stolberg-Stolberg. Der Papst verlieh dem Kardinal Vertram die Titularkirche Santi Agnese, die auch dessen Vorgänger Kardinal Kopp innegehabt hatte. Die Festhergreifung findet Sonnabend nachmittag statt, die Virettausprechung Mittwoch nachmittag im Vatikan.

k Rom, 18. Dez. Agostia Stefani. Am Mittwoch nachmittag überreichte der Papst im Konfistoriumsaale des Vatikans den neuen Kardinalen Mantel und Kardinalshut. Der Kardinal Vertram aus Breslau verlas eine Adresse, in der dem Papste im Namen der neuen Kirchenfürsten für ihre Ernennung gedankt wird. Er sagte hinzu, daß die Kardinal hofften, daß der Geist der Versöhnung unter den Nationen wieder einkehren werde. In seiner Antwort dankte der Papst für die ihm gewidmeten Worte und hob die Verdienste des neuen Kardinals hervor. Vertram sei zur Bekleidung mit dem Purpur schon lange vorgesehen, aber schmerzliche Umstände hätten die Veröffentlichung seiner Ernennung verhindert. Indem er sich zum Schluss an die beiden Polen wandte, sagte der Papst u. a., daß sich der hl. Stuhl schon immer für das Los der polnischen Nation interessiert habe. Der Papst schloß die Feier mit der Erteilung des päpstlichen Segens.

**Kirchlicher Wochenkalender**

**Glauchau** (Schloßkapelle, Fernr. 488). So 1/7 B. 1/8 M. u. Familienvereins-R., Mo. bis Mi. 8 M., Mi. ab. 1/11 B. Di. Nacht 12 Christmette m. R. Led. u. S. S. — 1. Feiertag 8 B., 1/9 M. u. A., 1/10 Pr. Asp. u. D. nachm. 8 Weihnachts-R. u. S. S. — 2. Feiertag fr. 1/8 B. 8 R., 1/10 Pr. Asp. u. D. u. S. S., ab. 1/7 B. So. 28. Dez. fr. 7 B., 8 R., vorm. 1/10 Pr., Asp. u. D., nachm. 8 Herz-Jesu-R. u. S. S. **Wocens** (Kula der Pfarre, Gergensfr.) So. 1/10 B., 10 M. u. Pr. u. R. 11 Tausen. **Girna**. 1/7 B., 7 R., 8 Sch. 9.15 Uhr D. v. Fr., 2 Advents-R. u. S. S., 1/7 u. 1/8 M., Mo. nur 7.15 Uhr, Mi. 7.15 Uhr auch Sch. Fr. ab. 7 Advents-R. m. R. u. S. S. 6 u. 7

**Stagesandt**

Die Kath. Welt trägt die Interessen der katholischen Glaubensbewegung.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk ist ganz gewiß ein Abonnement auf die „Alte und Neue Welt“. Neben dem Hauschat ist dieses illustrierte Familienblatt ganz gewiß das hervorragendste, das die deutschen Katholiken besitzen. Wenn wir es empfehlen, so geschieht das gemeist aus dem Gebante heraus, daß die Katholiken es nicht notwendig haben, irgend eine illustrierte Zeitschrift zu halten, die vielleicht im Text und Bilderreichtum alles andere vertritt als unsere Weltanschauung. Es ist eine der unerschöpflichsten Erscheinungen der Gegenwart, daß in so vielen katholischen Familien eher irgend eine illustrierte Zeitschrift gehalten wird als die „Alte und Neue Welt“, der Hauschat, die katholische Welt und ähnliche Familienblätter, die ihrem Inhalt nach den Vergleich mit anderen sehr gut aushalten könnten. Jeder katholische Wächhändler wird den Bezug unserer katholischen Unterhaltungsblätter gern vermitteln. Sie bedürfen der Unterstützung aller katholischen Kreise; sie müssen erhaltensfähig erhalten werden; sie haben das längst und jahrelang um das katholische Volk verdient.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul H. Klein; für den Inhaltsteil: Peter Schaber. — Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden

**Katholischer Verein Dresden-Strehlen.**  
Sonntag den 21. Dezember abends 7 Uhr  
**Feier des 11. Stiftungsfestes**  
in der „Goldenen Krone“, Dohnaer Straße 9, I.,  
beistehend in musikalischen und deklamatorischen Vorträgen.  
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

**Kl. möbl. Zimmer**  
sucht ärztl. Gehilfe zu mieten,  
ev. mit Kost. Off. u. B. 2 34  
an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Vereine** sendet wegen der  
Verkehrsschwierigkeiten Euro  
**Anzeigen**  
für Weihnachtsvergünstigungen  
rechtzeitig ein  
Geschäftsstelle  
der Sächsischen Volkszeitung.

**Tymians Thalia-Theater** Anfang  
7 Uhr  
Täglich: **Weihnachtsfriehe 1919**  
Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr

Da sich der gegenwärtige Chorleiter genötigt sieht,  
aus Gesundheitsrücksichten (auf wiederholtes ärztliches  
Drängen hin) sein Amt niederzulegen, ist die Stelle eines  
**Chorleiters und Organisten**  
in der katholischen Pfarrkapelle  
**Dresden-Löbtau**  
in Kürze neu zu besetzen.  
Respektanten wollen sich mit dem katholischen Pfarr-  
amt Dresden-Löbtau, Tharandter Straße 3, II. in  
Verbindung setzen.

**Das schönste Weihnachts-Geschenk**  
ist doch eine  
**Geige**  
100 Stück Schüler- und Künstler-Geigen billig zu verkaufen.  
**Paul Stanelle,**  
Dresden-N., Alaunstraße 26.  
Auf diese Annonce 10 Proz. Rabatt.

**Fester Preis für Felle.**  
Keine Täuschung durch die Preisbezeichnung bis!  
Fachmännische Kenntnisse und jahrelange Erfahrung birgt für  
richtige Schätzung.  
Ich zahle bis auf weiteres für  
**Alte große Bockfelle** . . . . . pro Stück 125 M.  
**Alte große Ziegenfelle** . . . . . 115 „  
**Alte kleine Ziegenfelle** . . . . . 100 „  
**Große Rehfelle** . . . . . 38 „  
**Prima Winter-Hasenfelle** . . . . . 10 „  
**Junge Ziegenfelle**, pro Stück 60, 70, 80 und 90 „  
**Kaninpehzelle**, gut gesp. . . . . pro Kilo 40 „  
**Kaninschneidfelle**, un gesp. . . . . 35 „  
**Kalbfelle**, prima trocken . . . . . 80 „  
**Kalbfelle o. K.**, naß . . . . . 50 „  
**Rindhäute o. K.**, naß . . . . . 25 „  
**Schaffelle o. F.**, naß . . . . . 20 „  
**Schaffelle o. F.**, trocken . . . . . 30 „  
Schaffelle höchste Preise, für Postlieferung, Hauschlächter  
und Händler höhere Preise. Straßenbahn wird vergütet.  
**Bahl, Dresden-Löbtau, Gröbelstraße 7.**

**Dresdener Lehranstalt für Musik**  
Direktor: Organist Paul Walde  
19-1 A.  
Fachschnle für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus  
Forschule und Ausbildungsschule (Grand-, Mittel-, Oberstufe) : Aufnahme von  
einzelnen und Vollschiern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blä-  
sinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline u. s. w. Theorie, Zusammenspiel, Musik-  
geschichte, Dirigierlehre, Kirchenmusik : Schüler-Orchester- und Chorklassen :  
Musikwissenschaftliche Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen  
und öffentliche Aufführungen : Eintritt jederzeit : Anmelde. wochentags 6-7 Uhr

**Familien-Drucksachen**  
Verlobungs-, Vermählungs- und Traueranzeigen  
sowie alle Arten Dank- und Besuchskarten liefert in  
sauberster geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert  
**Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H., Dresden-A. 16, Holbeinstr. 46**

Nr. 29  
Vorbi  
se  
dom  
Am 23  
fens sich in  
neuen Aufga  
bringen, au  
wichtiges Bor  
in dem groß  
Presse eine l  
gedruckte Wa  
diese nicht b  
gudenken. G  
Interessen i  
lich wichtig.  
wefens auf  
genommen i  
„Sächsischen  
17 Jahren e  
um sie schlie  
noch an eine  
bewußt evar  
lichen Stand  
Neben  
dere, die un  
tum löst. G  
gebung ein  
Organisation  
digkeit, sie  
neue Reichs  
daß dem V  
dem Befenn  
Es ist aber  
derselben R  
die Katholik  
rung ausm  
max eine e  
Land schaff  
am Ganzen  
der andere  
geeigneter  
den unver  
ganisation  
leidern ob  
Mündeln v  
Chepaaren  
schen Vorm  
caritativ,  
wecken und  
wie Frauen  
falten. In  
für Bornu  
der Münd  
für das We  
der Witwin  
die Leiden  
Gewährung  
sie Katholik  
gaben mac  
Wohlergehe  
Wenn  
Sache durc

## Vorbildliches aus der katholischen Kirche Sachsens

Unter dieser Epithete schreibt das evangelische „Neue Sächsische Kirchenblatt“ (Nr. 50 vom 14. Dezember) folgendes:

Am 23. November haben die katholischen Kreise Sachsens sich in Dresden zusammengefunden, um sich über die neuen Aufgaben, die die veränderten Verhältnisse mit sich bringen, auszusprechen und für ein einheitliches, zielbewusstes Vorgehen die nötige Klarheit zu gewinnen. Daß in dem großen Weltanschauungskampfe der Gegenwart die Presse eine bedeutende Rolle spielt, ist unbestreitbar. Das gedruckte Wort erreicht viele, die das in der Kirche gesprochene nicht hören, und veranlaßt sie, über das Gesehene nachzudenken. Eine gut geleitete Zeitung, die die kirchlichen Interessen in der Öffentlichkeit vertritt, ist außerordentlich wichtig. Daß der Ausbau des katholischen Zeitungswesens auf der Dresdner Tagung einen breiten Raum eingenommen hat, kann deshalb nicht überraschen. In der „Sächsischen Volkszeitung“ haben die Katholiken bereits seit 17 Jahren ein Presseorgan, das ein geistiges Einheitsband um sie schließt, während es uns Evangelischen leider immer noch an einer großen fehlenden Tageszeitung fehlt, die in bewußt evangelischem Geiste die Fragen der Zeit vom kirchlichen Standpunkte aus darstellt und beurteilt.

Neben dieser Angelegenheit interessiert uns eine andere, die uns einen Einblick in die kirchliche Kleinarbeit tun läßt. Eine vom Caritasverband für Dresden und Umgebung einberufene Versammlung beschäftigte sich mit der Organisation des Vormundschafswesens und der Notwendigkeit, sie über das ganze Land hin auszudehnen. Die neue Reichsverfassung bestimmt in den §§ 135 und 136, daß dem Vormundschaftsrichter kein Recht zusteht, nach dem Befehle des einzuweisenden Vormundes zu fragen. Es ist aber wünschenswert, wenn Vormund und Mündel derselben Konfession angehören. Da dies in Sachsen, wo die Katholiken nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, besondere Schwierigkeiten bereitet, will man eine einheitliche große Organisation für das ganze Land schaffen, damit einzelne Gemeinden einen Rückhalt am Ganzen haben. Von da aus kann ihnen Rat auf Grund der anderwärts gesammelten Erfahrungen, Empfehlungen geeigneter Vormünder und auch finanzieller Beistand bei den unvermeidlichen Opfern gewährt werden. Diese Organisation soll u. a. auch den Verkehr mit Behörden erleichtern oder ganz abnehmen und die Unterbringung von Mündeln vermitteln, am besten bei kinderlosen katholischen Ehepaaren auf dem Lande. Um das Interesse am katholischen Vormundschafswesen in oberen Kreisen, seien sie nun caritativ, geistlich oder politisch zusammengeschlossen, zu wecken und wachzuhalten, sollen Vertrauensleute, Männer wie Frauen, durch Vorträge eine auffällende Tätigkeit entfalten. Im Männerverein Wurzen ist schon eine Zentrale für Vormundschafsanangelegenheiten geschaffen. Die Namen der Mündel rechtzeitig zu erfahren, ist eine Vorbedingung für das Weitere. Hier wurde der Vorschlag gemacht, neben der Mitwirkung der Lehrer auch die Totenbettmeister und die Leichenfrauen für diesen Zweck zu gewinnen und durch Gewährung von Provisionen sie dazu zu veranlassen, daß sie katholischen Vertrauensleuten die erforderlichen Angaben machen. Kontrollpersonen sollen dann über das Wohlergehen der Mündel wachen und Bericht erstatten. Wenn man vom evangelischen Standpunkte aus diese Sache durchdenkt, so kann man der Umsicht und dem prak-

tischen Gesichts, mit dem sie angefaßt wird, nur Anerkennung zollen. Und daß die Katholiken für die Unterbringung ihrer Waisen Kinder bei Glaubensgenossen sorgen, wo sie katholisch erzogen werden, ist im Interesse der Kinder und ihrer Angehörigen nur richtig. Wir wären glücklich, wenn in der Diaspora, zum Beispiel in Böhmen, für deutsch-evangelische Waisen Kinder in gleicher Weise großzügig gesorgt würde. Alles in allem kann dieses Vorgehen uns ein Antriebs werden: Gehe hin und tue dergleichen.

## Die Sparprämien-Anleihe

Von einem unserer Vorkamer politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Auf 3,8 Milliarden Mark beläuft sich das Ergebnis der Sparprämien-Anleihe. Mit den noch ausstehenden Zeichnungen darf man wohl mit einem Betrag von 4 Milliarden Mark rechnen. Die von vornherein bejäherte Anleihe summe betrug 5 Milliarden Mark. Das Ergebnis ist also um eine Milliarde Mark hinter dem Vorschlag zurückgeblieben. Aus dieser Tatsache konstruiert die Reichspresse ein Fiasko Erzbergers und einen Mißerfolg der von Erzberger wie von der gegenwärtigen Reichsregierung getriebenen Finanzpolitik. Unter diesen Umständen wird es gut sein, die Dinge etwas näher bei Licht zu beleuchten.

Ein Betrag von viertausend Millionen Mark ist unter den heutigen Verhältnissen im höchsten Grade schätzenswert. Wir leben nicht mehr in einer Zeit der geradezu ins phantastische entwickelten Kriegsgewinnlerischen Hochkonjunktur. Besonders unter gelamtes Wirtschaftslieben steht in dem Zeichen des tiefsten Niederganges. Die Bilanz des ersten Revolutionsjahres ist auf wirtschaftlichem Gebiete überaus traurig, die Valutaentwertung läßt einen aktiven Schaffensgeist überhaupt nicht aufkommen. Es fehlt jeder Anreiz zu wirtschaftlichen Schaffen. Dazu kam die Sparprämienanleihe in die allernüchternste Epoche, weil just in diesem Augenblick gehäufte Steuerforderungen mit geradezu ungeheuerlichen Steuerläsen der Verabschiedung harren. Ein Ueberblick über die Höhe der steuerlichen Abgaben ist weder dem einzelnen, noch den Vertretern des Handels wie der Industrie möglich. Schon um deswillen war eine starke Zurückhaltung zu beobachten. Weiter kam aber noch hinzu, daß mit die reichsten und daher materiell am günstigsten stehenden Gebiete durch den Friedensvertrag entweder gänzlich von uns abgetrennt, oder aber unserer Einwirkung entzogen worden sind. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände ist ein Betrag von viertausend Millionen Mark eine hoch achtbare Leistung. Jedenfalls gibt sie Zeugnis dafür, daß trotz der fürchterlichsten finanziellen Anspannung und trotz einer ungewöhnlichen Unsicherheit in Beurteilung dessen, was die nächste Zukunft uns bringen wird, der inländische Anleihemarkt immer noch aufnahmefähig ist. Man darf nicht die Erträge der Kriegsanleihen, sondern man muß schon den Friedensstab anlegen, und dabei muß man noch die völlige Zerrüttung und Unterhöhlung unserer wirtschaftlichen Basis in Betracht ziehen. Gegenüber den Erträgen der Friedensanleihen hat aber die jetzige Sparprämienanleihe einen um das acht- bis zehnfache höheren Betrag erbracht.

Trotzdem geben wir zu, daß das Ergebnis hätte höher sein können. Die Schuld liegt aber bei denen, die nun heute über das „Fiasko“ und den „Mißerfolg“ ihre Schadenfreude nicht nur vor dem Inlande, sondern auch vor dem Auslande in die Welt schreien. Gerade von deutsch-nationaler Seite wurde in der Öffentlichkeit wie im Parlament

ein scharfer Kampf gegen die Sparprämien-Anleihe geführt. Nur um den Reichsfinanzminister Erzberger persönlich zu diskreditieren, wurde zum Schaden der Gesamtheit eine Agitation ins Werk gesetzt, die nun zeigt, wie die Stimmen der deutsch-nationalen Presse zeigen, zu dem erkofften und erwarteten Ergebnis geführt hat. Man stelle sich aber einmal vor, was von dieser selben Seite gesagt worden wäre, wenn früher einmal irgend jemand auch nur die leiseste Einwendung gegen die Kriegsanleihen erhoben hätte. Man hätte ihn als Vaterlandsverräter gebrandmarkt. Heute ist die Notlage des Volkes und des Vaterlandes noch viel schwieriger als das je der Fall war. Wenn nun durch eine freie Anleihe dem Reich Mittel zu verschaffen gesucht wurden, um auf steuerlichem Gebiet Erleichterungen eintreten zu lassen, so hätte man meinen sollen, daß sich hinter eine solche Aktion das Volk als Ganzes stelle. Das ist nun leider nicht der Fall gewesen, weil die Rechtsoption immer noch auf dem verblendeten Standpunkt beharrt, daß sie dem Aufbau des Landes diene, wenn sie die jetzige Regierung und alles, was diese tut, in negativer Kritik herunter reißt. Die Folgen werden nicht ausbleiben. Wenn die für das Reich notwendigen Mittel nicht auf freiem Wege anzubringen werden können, so muß es eben auf dem Wege des staatlichen Zwanges geschehen. Wenn zu solchen Maßnahmen geschritten werden muß dürfen diejenigen, am allerwenigsten sich beklagen, und obendrein noch die Erträgnisse solcher Aktionen in ihrer Beurteilung vor dem Auslande herabzerrern, wodurch statt der erwarteten Valutabesserung eine neue Entwertung Platz greifen muß. Die Politik der Verblendung wird und muß sich gerade an demjenigen am schwersten rächen, die heute noch unzweifelhaft sich vorfinden, wenn sie alles, was von der Regierung kommt, schlecht machen.

## Tagung des Friedensbundes deutscher Katholiken

In der zweiten Oktobertwoche hielt der Friedensbund deutscher Katholiken im katholischen Gesellschaftshaus in München seine erste Tagung der Vorstände aller Ortsgruppen ab. Die Tagung war ein Beweis dafür, daß der katholische Friedensgedanke marшиert und allen Hindernissen zum Trotz in immer weitere Kreise dringt. Unter dem Vorsitz des Leiters des Grazer „Weltfriedensbundes“, Dr. Mejer, wurde die endgültige Fassung der Satzungen des Bundes beschlossen und über die nächsten Aufgaben beraten. An der Diskussion nahmen außer dem Hauptgeschäftsführer des Bundes, Magnus Johann, regen Anteil Amtsgerichtspräsident Dr. Riß-München, Vorsitzender der deutschen Katholikentage, Professor Karl Muth, Herausgeber des „Hochland“, Direktor Josef Kral, Herausgeber der „Deutschen Kirchen- und Katholikenzitung“, Dr. Sompsch und Dr. Otto Färber. Der Friedensbund, der auch die Katholiken Deutschösterreichs umfaßt, ist eine Teilorganisation des Grazer „Weltfriedensbundes“ und ist in drei Verbände gegliedert: in einen süddeutschen, norddeutschen und österreichischen Verband. Der norddeutsche Verband besitzt die größten Ortsgruppen in Berlin, Breslau und Weutken, der süddeutsche in München, Ehingen a. D., Lüdingen a. R. und Wangen i. A. Dem Friedensbunde ist bereits eine große Anzahl von Geistlichen beigetreten, deren Vertreter im Ausmaß der Hochwürdigste Herr Weihbischhof Dr. Spill von Rottenburg ist. An der Arbeit des Bundes beteiligten

## Rosa-Maria

Roman von Melati von Java

Aus dem Holländischen

übersetzt von Leo Lape van Heemstede

(8. Fortsetzung)

„Das läßt sich leicht behaupten.“

„Ich glaube es aber wirklich. Ich würde mich an allen Dingen erfreuen. Die Sonne ist immer gleich schön, mag man gerade oder frumm sein. Dir läßt der nämliche blaue Himmel, und das Meer steigt so entzückend bei Tag und bei Nacht. Daran würde ich immer meine Freude haben und würde mich so viel als möglich zu besänftigen suchen.“

„Ich wollte, du könntest nur einmal einen Tag mit mir tauschen, dann würdest du bald anders reden. Was liegt mir an der Sonne und dem Meer? Das einzige, was mir Freude macht, ist gutes Essen und ein weiches Bett, aber das finde ich weder hier noch zu Hause.“

„Könnte ich es dir nur verschaffen! Aber du siehst, wie wenig ich verdienen kann, mag ich noch so lange aufbleiben und noch so früh aufstehen. Wenn diese Arbeit fertig ist, bekomme ich wenigstens zwanzig Gulden dafür, dann sollst du etwas Gutes haben.“

„Zwanzig Gulden... damit reicht man nicht weit! Wären wir wenigstens reich, dann hätte ich doch einen kleinen Erbs für meine unglückliche Figur!“

Rosa-Marie seufzte.

„Könnte mein Wunsch den Reichtum nur herbeiführen! Aber schau, Jans, ich habe schon wieder einen Stern fertig, es geht doch ziemlich rasch. Hast du nicht Lust, ein wenig zu stricken oder zu häkeln?“

„Danke bestens; ich bin hier, um mich zu erholen, wie du sagst; da will ich mich mit dem Gefinger nicht abquälen, es kommt doch nichts dabei heraus.“

„Du könntest aber die Strümpfe stopfen, dann brauchst du es nicht zu tun und könntest um so mehr verdienen.“

„Nein, danke, ich habe keine Lust! Nach einer so miserablen Nacht fühle ich mich noch viel elender, und da soll

die Seelst mit Besserung bringen? Ich glaube nichts davon. Aber sag mal, Rose, hast du den Herrn nicht wiedergehoben, der dich immer so angesehen hat und mir half?“

„Nein, Jans.“

„Wirklich nicht?“

„Gewiß nicht, weshalb sollte ich die Unwahrheit sagen?“

„Ob er im Hotel wohnt?“

„Ich weiß es nicht; vielleicht kam er nur auf einen Tag hierher.“

„Das glaube ich nicht; er hatte eine große Reisezeit bei sich.“

„Darauf habe ich nicht geachtet.“

„Ich fand ihn sehr hübsch. Du nicht?“

„Er war recht artig.“

„Weil er dich immer so ansah?“

„Nein, weil er dich trug.“

„Das tat er deinetwegen.“

„Nein, Jans, er hatte Mitleid mit dir.“

„Mitleid. Das ist es eben. Das ist das einzige, was man für mich übrig hat. Findest du das so angenehm? Ich finde es abscheulich. Ich wollte, ich wäre tot, dann bräuchte man kein Mitleid mehr mit mir zu haben, dann würden alle sagen: Gott sei Dank, daß sie fort ist.“

„Pui, Jans, wie häßlich du heute wieder redest! Wenn du wüßtest, wie wehe du mir damit tust!“

„Dann wehst du auch, wie es schmeckt.“

Frank von Soeren hatte mehr als genug gehört. Die wichtigen Worte des bössartigen Geschöpfes, das seinen traurigen Zustand als Freibrüder mißbrauchte, um seine Schwester fortwährend zu quälen, verletzten sein ästhetisches Gefühl. Das wäre eine Impression, die wehe tat; dergleichen liebte er nicht.

Er entfernte sich geräuschlos, machte einen kleinen Umweg durch den leeren, trockenen Sand und kehrte von der anderen Seite zu den Stühlen zurück.

Jans entdeckte ihn zuerst und wußte ihre Schwester am Mantel.

„Da ist er, da ist er!“ flüsterte sie erregt.

„Wer denn?“

„Der Herr, der Mitleid mit mir hatte und dich bewunderte.“

Rosa-Marie hatte gerade ein rotes, wollenes Tuch um den Kopf geschlagen; die zahllosen Löcher drängten sich unter den Franzen hervor. Nur, um die widerwärtigen ein wenig in Ordnung zu halten, hatte sie ihren Kopf bedeckt. Die hochrote Farbe gab ihren etwas bläulichen Wangen einen wärmeren Ton, der an die Blut einer Purpurrose erinnerte.

Frank konnte die Augen nicht von ihr abwenden, besonders als er sah, wie bei der Ueberraschung des Wiedererkennens ihr Auge strahlte und ein Lächeln wie Sonnenlicht über ihr ganzes Gesicht sich ergoß.

„Wie konnte ich sie nur einen Augenblick nicht schön finden! Sie ist prächtig... Alles Farbe und Leben! Da, sie steht auf, wie von einer unsichtbaren Feder emporgeschwungen.“

Göflich zog er den Hut, auch vor dem kleinen Drauben, wie er in Gedanken Jans bezauberte, die mit einem Grinsen dankte, das freundlich sein sollte. Er erkundigte sich, wie es dem Damen am Meer gefalle.

Wie auf ein Zauberwort verstand der Sonnenstrahl auf Rosa-Maries Jügen, und sie schaute unruhig zu ihrer Schwester hinüber, die rasch mit der Antwort zur Hand war.

„Miserabel! Wir haben es schlecht getroffen!“

Frank mußte nun eine lange Erzählung anhören, vom schmalen Bett und einem Zimmerchen, worin nicht Platz für einen Stuhl, und das unmittelbar neben dem Stalle lag, worin die Säbner so laut wären, daß sie schon um 5 Uhr wach würden. Und nur altes Brot habe es gegeben, daß sie mit ihren schlechten Zähnen nicht beißen könne, und Bichorie statt des Kaffees und als Mittagessen nichts als Speck oder sahes Fleisch; von dem Fisch, den sie so gern esse, habe man nichts als den Geruch.

(Fortsetzung folgt.)

